

Liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter,

liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir haben uns hier heute in Aachen zusammen gefunden um ein deutliches Zeichen an unsere Arbeitgeber zu senden.

Arbeitgeber die unsere Forderungen nach:

- Einer linearen Gehaltserhöhung von 8% aber mind. € 200
- Einer Erhöhung der Auszubildendenverütungen von € 120 und
- der Forderung auf eine Übernahmegarantie für alle Nachwuchskräfte

als unbezahlbar und maßlos überzogen zurückgewiesen haben.

Finanzminister Linssen vertrat in einem Interview die Auffassung, dass wenn überhaupt nur ein Abschluss ähnlich dem der Ergebnisse in der Metallindustrie Ende 2008 erzielt werden kann.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, er spricht wenn man seinen Worten folgend darf gerade einmal von einem Plus in Höhe von 2,1%.

Ich finde seine Äußerungen schon fast beschämend, wenn man bedenkt, dass wir als Beschäftigte im Landesdienst im Vergleich zu 2003 einen Reallohnverlust von 7,9% hinnehmen mussten und in 2008 mit einer Gehaltsanpassung abgespeist wurden, die weit unter der Inflationsrate lag.

Gleichzeitig – und da erzähle ich nichts Neues – sind die Lebenshaltungs- und Energiekosten gerade zu explodiert.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

unsere Forderungen sind nicht dazu gedacht, dass sich Landesbedienstete eine neue Wohnungseinrichtung oder einen Urlaub erlauben können. Es geht vielmehr darum, dass wir uns am Ende des Monats nicht die Frage stellen müssen, wie wir unsere Miete bezahlen oder unsere Familien ernähren können.

Wir erleben derzeit, wie der Staat zur Überbrückung von Finanzengpässen Milliarden in die Bankenindustrie und andere Unternehmen steckt, weil diese durch ein verfehltes Management und faule Kreditgeschäfte sich selbst ins Aus manövriert haben. Hier werden Schutzschirme für einen Sektor aufgespannt, dessen Repräsentanten sich in den letzten Jahren verstärkt jedwede staatliche Einmischung verbeten und Arbeitsplätze, Kapital als auch Gewinne ins Ausland verlagert haben.

Die eigenen Beschäftigten jedoch, die wie keine andere Berufsgruppe in den letzten Jahren zur Konsolidierung der Haushalte beigetragen haben, will die Regierung auch in 2009 erneut im Regen stehen lassen.

Herr Möllring, Herr Linsen ich frage Sie – wo sind die Schutzschirme für Ihre Beschäftigten und deren Familien?

Ich vertrete die Meinung, dass die Finanzkrise nicht als Grund vorgeschoben werden darf, den Beschäftigten nach jahrelangem Verzicht in konjunkturell rosigen Zeiten, nun die lang ersehnte, wohl verdiente und dringend erforderliche Honorierung ihrer Leistungen zu versagen!

Und deshalb frage ich die Arbeitgeber:

Meinen Sie wirklich dass wir in Zukunft noch hoch qualifizierte Nachwuchskräfte für den öffentlichen Dienst werben können, wenn die guten und durch den demografischen Wandel immer weniger werden Schulabsolventen in der freien Wirtschaft wesentlich mehr verdienen können?

Auch das abgedroschene Argument des sicheren Arbeitsplatzes - obwohl dies im Angestelltensektor ja nun auch relativ ist - lockt keinen mehr in den öffentlichen Dienst, denn mit meinem sicheren Arbeitsplatz kann ich nirgendwo mein Brot bezahlen oder meine Miete bestreiten.

Und genau so wenig hilft es, wenn unsere Regierung in Weihnachtsrundschreiben oder Statements die hohe Leistungsbereitschaft der Landesbediensteten lobt, denn warme Worte kann man nicht essen!

Man muss kein Prophet sein um vorherzusagen, dass es mit der Einsatz- und Leistungsbereitschaft oder gar der Loyalität nicht mehr weit hin ist, wenn der Tarifabschluss nicht mindestens dem des Bundes entspricht.

Deshalb sind unsere Forderungen nach einem Plus von 8% geradezu berechtigt und im Interesse eines leistungsstarken und weiterhin hoch motivierten öffentlichen Dienst, der – nebenbei bemerkt – in ganz besonderem Maß ja nun auch dem Allgemeinwohl dient.

Daneben dürfen wir auch nicht vergessen, dass gegenüber den Beschäftigten in Bund und Kommunen eine Gerechtigkeitslücke entsteht. Niemand vermag einem Landesbeschäftigten klar zu machen, wieso er für die gleiche Arbeit weniger verdienen soll, nur weil er bei einem anderen Arbeitgeber oder Dienstherrn beschäftigt ist oder sein Lohn zur falschen Zeit verhandelt wird.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

es darf keinen öffentlichen Dienst erster und zweiter Klasse geben!

Herr Möllring, Her Linssen – wir fordern sie hier in Aachen erneut dazu auf,

Zeigen Sie eine tatsächliche Verhandlungsbereitschaft!

Verhandeln Sie mit uns über 8% mehr in den Taschen ihrer Beschäftigten,

über € 120 mehr für Ihre Auszubildenden und

über eine Übernahmegarantie für alle qualifizierten Nachwuchskräfte.

Wenn nicht, dann sage ich Ihnen erneut

Rede zur Protestdemo der dbb jugend am 27. Januar in Aachen
Es gilt das gesprochene Wort!

Wir sind kampfbereit!

Für unsere eigenen Taschen, aber auch für einen starken öffentlichen Dienst
im Interesse des Allgemeinwohls!

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!